Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/6536

11. 12. 96

Antrag

der Abgeordneten Reinhold Hemker, Brigitte Adler, Ernst Bahr, Klaus Barthel, Ingrid Becker-Inglau, Hans-Werner Bertl, Rudolf Bindig, Lilo Blunck, Christel Deichmann, Dr. Marliese Dobberthien, Peter Enders, Gabriele Fograscher, Günter Gloser, Achim Großmann, Dr. Ingomar Hauchler, Rolf Hempelmann, Monika Heubaum, Uwe Hiksch, Renate Jäger, Dr. Uwe Jens, Marianne Klappert, Horst Kubatschka, Eckart Kuhlwein, Konrad Kunick, Werner Labsch, Winfried Mante, Christoph Matschie, Ulrike Mehl, Dr. Jürgen Meyer (Ulm), Michael Müller (Düsseldorf), Doris Odendahl, Kurt Palis, Dr. Eckhart Pick, Bernd Reuter, Dr. Edelbert Richter, Reinhold Robbe, Dr. Hansjörg Schäfer, Dieter Schanz, Dr. Hermann Scheer, Günter Schluckebier, Dagmar Schmidt (Meschede), Dr. Emil Schnell, Dr. Mathias Schubert, Dietmar Schütz (Oldenburg), Dr. R. Werner Schuster, Horst Sielaff, Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, Antje-Marie Steen, Dr. Peter Struck, Jella Teuchner, Dr. Gerald Thalheim, Dietmar Thieser, Adelheid Tröscher, Hans Wallow, Matthias Weisheit, Dr. Norbert Wieczorek, Heidemarie Wieczorek-Zeul, Verena Wohlleben, Hanna Wolf (München), Heidemarie Wright, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

Reinheitsgebot bei Schokolade

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 17. April 1996 hat die Europäische Kommission entschieden, das Verbot der Verwendung von pflanzlichen Fetten in Schokoladeprodukten (Richtlinie 241/73/EEC) aufzuheben. Damit wäre jeder Mitgliedstaat ermächtigt, im eigenen Ermessen zu entscheiden, ob bis zu 5 % der billigeren Kakaobutterersatzstoffe bei der Schokoladenherstellung verwendet werden können. Die Verwendung von Ersatzstoffen soll auf der Verpackung ausgewiesen werden.

Wenn aus Wettbewerbsgründen nach der Aufhebung der Richtlinie 241/73/EEC die Verwendung von Kakaobutterersatzstoffen zunehmen sollte, sind negative Auswirkungen auf die Einnahmen der kakaoproduzierenden Entwicklungsländer zu befürchten. Allein die 31 kakaoproduzierenden Länder, die mit der Europäischen Union durch das Abkommen von Lomé assoziiert sind, rechnen mit jährlichen Verlusten von 510 Mio. DM. Auch die Schokoladenindustrie räumt bereits ein, daß es zu Exportreduzierungen von jährlich 62 500 Tonnen Kakao kommen werde. Dies entspricht einer Einkommensminderung von 6,25 %.

Diese Kommissionsentscheidung steht mit ihren Auswirkungen auf die Kakaobauern nicht mehr in Einklang mit den Ergebnissen des Internationalen Kakaoabkommens und dem Vertrag von Maastricht, wo die Kommission den kakaoproduzierenden Entwicklungsländern noch Zugeständnisse gemacht hat.

Der Europäischen Union soll laut Vertrag von Maastricht in der Entwicklungszusammenarbeit die nachhaltige Wirtschaft und die soziale Entwicklung unterstützen. Dies muß im Sinne der Kohärenz auch für Entscheidungen in anderen Politikbereichen gelten.

Deshalb fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

I. Auf europäischer Ebene

1. der Kommissionsentscheidung im Ministerrat nicht zuzustimmen,
2. die Einhaltung des Internationalen Kakaoabkommens und der entsprechenden Vereinbarungen im Abkommen von Lomé und im Vertrag von Maastricht einzufordern,
3. im Falle der mehrheitlichen Bestätigung der Kommissionsentscheidung eine eindeutige Kennzeichnungspflicht zu verlangen,
4. den Vorschlag zu unterstützen, den Namen „Schokolade" nur für unter Verwendung von Kakaobutter ohne Ersatzstoffe hergestellte Produkte zuzulassen,
5. über die europäische Entwicklungszusammenarbeit in den kakaoproduzierenden Ländern die Produktion und Vermarktung von Schokolade zu fördern, die ohne Kakaobutterersatzstoffe hergestellt wird.

II. Auf deutscher Ebene

1. die Produktion von Schokolade weiterhin nur ohne Verwendung von Kakaobutterersatzstoffen zu genehmigen,
2. die strenge Kennzeichnungspflicht für Importprodukte mit Kakaobutterersatzstoffen einzuführen,
3. den Namen „Schokolade" nur für aus Kakaobutter hergestellte Produkte zuzulassen,
4. in der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit in den kakaoproduzierenden Ländern, Produktion und Handel von Schokolade ohne Kakaobutterersatzstoffe zu fördern,
5. Verbraucherinnen und Verbraucher in der Bundesrepublik Deutschland über die sozio-ökonomischen Folgen in den Erzeugerländern zu informieren.

Bonn, den 11. Dezember 1996

Reinhold Hemker
Brigitte Adler
Ernst Bahr
Klaus Barthel
Ingrid Becker-Inglau
Hans-Werner Bertl
Rudolf Bindig
Lilo Blunck
Christel Deichmann
Dr. Marliese Dobberthien

Peter Enders
Gabriele Fograscher
Günter Gloser
Achim Großmann
Dr. Ingomar Hauchler
Rolf Hempelmann
Monika Heubaum
Uwe Hiksch
Renate Jäger
Dr. Uwe Jens
Marianne Klappert
Horst Kubatschka
Eckart Kuhlwein
Konrad Kunick
Werner Labsch
Winfried Mante
Christoph Matschie
Ulrike Mehl
Dr. Jürgen Meyer (Ulm)
Michael Müller (Düsseldorf)
Doris Odendahl
Kurt Palis
Dr. Eckhart Pick
Bernd Reuter
Dr. Edelbert Richter
Reinhold Robbe
Dr. Hansjörg Schäfer
Dieter Schanz
Dr. Hermann Scheer
Günter Schluckebier
Dagmar Schmidt (Meschede)
Dr. Emil Schnell
Dr. Mathias Schubert
Dietmar Schütz (Oldenburg)
Dr. R. Werner Schuster
Horst Sielaff
Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk
Antje-Marie Steen
Dr. Peter Struck
Jella Teuchner
Dr. Gerald Thalheim
Dietmar Thieser
Adelheid Tröscher
Hans Wallow
Matthias Weisheit
Dr. Norbert Wieczorek
Heidemarie Wieczorek-Zeul
Verena Wohlleben
Hanna Wolf (München)
Heidemarie Wright
Rudolf Scharping und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333